



Verbände hat. Zu dem in diesem Jahre in Kopenhagen stattfindenden *internationalen Kongreß* sollen wie zu dem Stuttgarter Kongreß 1907 von den deutschen Gewerkschaften und der Partei gleichstarke Delegationen von je 100 Vertretern entsandt werden.

Die von der Generalkommission zu verrichtende oder zu leitende *Agitationsarbeit* vollzog sich in gleicher Weise wie in den Vorjahren. Unter anderem wurde abermals in den Wintermonaten ein sprachkundiger Redner in die Bezirke Italiens gesandt, aus denen alljährlich der Hauptstrom der Arbeiter nach Deutschland kommt. In München wurde ferner eine Auskunfts- und Agitationsstelle für die aus Italien kommenden Ziegeleiarbeiter neu eingerichtet.

Die drei im Winterhalbjahr 1909/10 abgehaltenen *gewerkschaftlichen Unterrichtskurse* hatten 198 Teilnehmer. Außerdem wurde ein vier Wochen dauernder Spezialkurs für Arbeitersekretäre mit 25 Teilnehmern veranstaltet.

Die von der Generalkommission bearbeiteten und als Beilagen zum Korrespondenzblatt herausgegebenen *Statistiken* wurden meist in der „Gr. Pr.“ eingehend besprochen.

Im Berichtsjahre entsandte die Generalkommission zu 21 *Generalversammlungen* von Zentralverbänden Vertreter. Sie selbst hielt 48 Sitzungen ab.

Das *Korrespondenzblatt* wurde durch Schaffung einer monatlich erscheinenden Literaturbeilage vorteilhaft erweitert. Seine Auflage stieg von 25 800 auf 26 200 Exemplare. Der Abonnementspreis mußte wegen des ständig vermehrten Umfangs von 1,50 Mk. auf 2,50 Mk. vierteljährlich erhöht werden.

Die *Einnahmen der Generalkommissionen* betragen einschließlich des aus dem Jahre 1908 übernommenen Bestandes von 433 465,46 Mk. 789 237,66 Mk., die *Ausgaben* 350 542,52 Mk., sodaß das Jahr 1909 mit einem Bestand von 438 695,14 Mk. abschloß. Von den Ausgaben entfallen auf Agitation 119 834,36 Mk. (darunter für den Verband der Land- und Forstarbeiter allein 36 165,50 Mk.), auf die Unterrichtskurse 12 276,94 Mk., auf Gehälter 22 868,70 Mk., auf das *Korrespondenzblatt* 61 872,38 Mk. (wovon aber 6 410,59 Mk. an Einnahmen abgerechnet werden müssen) und auf das Zentralarbeitersekretariat 20 206,90 Mk.

Dem Bericht der Generalkommission sind die *Berichte des Arbeiterinnensekretariats* und des *Zentralarbeiterssekretariats* angeschlossen.

Aus letzterem sei hervorgehoben, daß einschließlich der aus den Vorjahren übernommenen Fälle insgesamt 2725 Streitsachen zu bearbeiten waren, das sind 553 mehr als 1908. Durch Urteil wurden 1701 entschieden.

Von diesen Streitsachen betrafen 1522 Ansprüche auf Grund der *Unfallversicherungs-gesetze*. In 510 Fällen wurde zugunsten, in 714 Fällen zugunsten der Verletzten entschieden. In 236 Fällen wurde die Vertretung wegen Aussichtslosigkeit abgelehnt. In 52 Fällen wurde der Rekurs zurückgezogen, und zwar in 6 Fällen von der Berufsgenossenschaft, in 46 Fällen von dem Verletzten. 10 Fälle endeten durch Vergleich.

Von den 159 erledigten Ansprüchen auf *Invalidenrente* mußten 31 wegen vollständiger Aussichtslosigkeit zurückgewiesen werden. In 68 Fällen wurden die Revisionen der Versicherten, in 11 Fällen die der Landesversicherungsanstalten vom Reichsversicherungsamt abgewiesen. 36 Revisionen wurden an das Schiedsgericht zurückverwiesen, und zwar 20 der Versicherten und 16 der Versicherungsanstalten. In 6 Fällen wurde den Versicherten die Rente zugesprochen, in 6 Fällen wurde sie wieder aufgehoben und in einem Falle gekürzt.

Von den 20 erledigten Ansprüchen auf *Knappschaftsrente*, die nach der Novelle zum preussischen Berggesetz vor dem Oberschiedsgericht in Knappschaftsangelegenheiten zu vertreten sind, mußten 2 Vertretungen wegen gänzlicher Aussichtslosigkeit abgelehnt werden. In 2 Fällen wurde dem Versicherten die Rente zuerkannt, in einem Falle wurde die Sache ans Schiedsgericht zurückverwiesen, 2 Renten-

sprüche erkannte der Knappschaftsverein nachträglich an und 13 Revisionen verliefen ungünstig für die Versicherten.

Alles in Allem zeigen die Berichte ein reges Wirken im Interesse der organisierten Arbeiterschaft.

## Rundschau.

**Unsre Lehrlingsabteilung** hat sich auch im zweiten Jahre ihres Bestehens rüstig weiter entwickelt. Am 1. März 1909, dem Beginn des zweiten Jahres, gehörten ihr 3397 Mitglieder an. Bis Ende Februar 1910 traten ihr 1280 neue Mitglieder bei, während 979 wieder ausschieden. Die Zunahme betrug also 301, so daß sich die Mitgliederzahl am Beginn des dritten Jahres des Bestehens der Abteilung, am 1. März 1910, auf 3698 bezifferte. Von den 979 Ausgeschiedenen traten 869 als *Ausgelernte zum Verbands über*, während 36 wegen Beitragsresten und 33 freiwillig (oder dem Druck ihres Lehrprinzipals folgend!) austraten; 33 gaben mit dem Beruf auch ihre Mitgliedschaft auf (darunter ein Steindrucklerlehrling wegen vollständiger Erblindung); 8 Mitglieder sind im Laufe des Jahres gestorben. Von den 3698 Mitgliedern am Schluß des zweiten Jahres des Bestehens der Abteilung lernten als Steindruckler 1882 (bei Beginn des zweiten Jahres waren es 1715), als Lithograph 965 (967), als Kartograph 33 (34), als graphischer Zeichner 22 (14), als Chemigraph 316 (269), als Photograph 194 (160), als Retuscheur 109 (87), als Lichtdrucker 56 (58), als Kupferdrucker 27 (25), als Notendrucker 6 (8), als Formstecher 57 (36) und als Tapentendrucker 3 (24). Abgesehen von den Lithographen, Kartographen Lichtdruckern und Notendruckern, bei denen die Mitgliederzahl um 1 bis 2 sank, haben also alle Sparten eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen gehabt, die besonders bei Steindruckern ganz beträchtlich war. Sorge jedes Verbandsmitglied dafür, daß auch der letzte Lehrling der Abteilung zugeführt wird.

Eine *Photographisch-Technische Mittelschule für Preußen* soll am 9. April durch Angliederung einer Abteilung für Männer an die seit nunmehr 20 Jahren bestehende Photographische Lehranstalt des Lette-Vereins eröffnet werden. Die Kosten für die Photographische Lehranstalt trägt in Verbindung mit dem Lette-Verein die Königliche Staatsregierung unter Beihilfe der Städte Berlin, Schöneberg, Wilmersdorf, während mehrere photographische Großindustrielle die Baumsome gestiftet haben. Die Anstalt, welche als technische Mittelschule mit Tagesunterricht Schülern männlichen und weiblichen Geschlechtes geöffnet ist, bezweckt Ausbildung ihrer Schüler in allen Zweigen der photographischen Praxis einschließlich derjenigen Berufszweige, welche sich der Photographie als Hilfsmittel bedienen. Das Ziel des Unterrichtes ist, daß die abgehenden Schüler befähigt werden, eine Berufstellung als Gehilfen in Photographischen Ateliers und Reproduktionsanstalten, als photographische Hilfskräfte an Krankenhäusern, Universitätskliniken und medizinisch-wissenschaftlichen Instituten, als Leiter des metallographischen Laboratoriums von Hüttenwerken, als Gehilfen in photomechanischen Anstalten anzunehmen. Es wird nur eine begrenzte Zahl von Schülern aufgenommen, doch genießen die aus Berlin, Schöneberg und Wilmersdorf stammenden Schüler ein Vorrecht bei der Aufnahme in die Anstalt.

Die *Chemigraphische Fachschule in Leipzig* soll von der Stadt unterstützt werden. Der Rat hat, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten, beschlossen, bis auf weiteres eine jährliche Unterstützung von Mk. 1200 zu gewähren.

Der *Entwurf des neuen französischen Zolltarifs* ging in der von der Kammer der Abgeordneten angenommenen Form an den französischen Senat, wo er zunächst in Ausschüssen gründlich beraten wurde. Am 23. März fand diejenige Senats-sitzung statt, in welcher über die Zollsätze für Papierwaren, Chromolithographien und andere Drucksachen abgestimmt wurde. Dabei änderte der Senat von den durch die Abgeordnetenkommission beschlossenen Sätzen nur diejenigen über gewöhnliche Tapeten und setzte den Zoll dafür statt auf 17 auf 15 Frank fest. Die französische Regierung hofft, daß der neue Zolltarif die Zustimmung der Kammer und des Präsidenten zeitig genug findet, um Anfang dieses Monats in Kraft gesetzt zu werden.

Die *Verhaftung eines Berliner Kunst-anstaltsbesitzers* erfolgte Ende März auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft durch die Kriminalpolizei. Der Berl.-Lok.-Anz. meldet darüber: Wegen Urkundenfälschung und Betrugs wurde der Inhaber der graphischen Kunstanstalt von Otto Schloß verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis Moabit eingeliefert. Ueber die Affäre erfahren wir folgende Einzelheiten: Das Fabrik- und Kontorgrundstück Magazinstraße 15/16 ist Eigentum der graphischen Kunstanstalt von Otto Schloß, die in der Hauptsache Luxuspapierwaren und Ansichtspostkarten fabriziert. Nach allem, was man bisher von der Firma hörte, ging das Geschäft sehr gut; Sch. hatte auch große Einnahmen aus den Mieten des Grundstücks. Die Kundschaft war nicht nur in Berlin ansässig, sondern über ganz Deutschland und das Ausland verteilt. Die Kunde von der Verhaftung des angesehenen

Geschäftsmannes kam gestern völlig überraschend. Eine Kundin, die Papierwarenfabrik Joseph Liemann, hatte Anzeige wegen Betrugs erstattet. Mit L. stand der Verhaftete seit längerer Zeit in reger Geschäfts-Verbindung. Dem Schloß wird nun zum Vorwurf gemacht, daß er Lieferscheine gefälscht und auf Grund dieser gefälschten Scheine seine Rechnungen ausgestellt habe. Die Fälschungen waren so gut, daß Sch. jahrelang seine Betrügereien verüben konnte. Schließlich kamen die Korrekturen auf den Warenzetteln durch einen Zufall ans Licht. Sch. wurde auf die Anzeige hin verhaftet. Er legte zunächst ein Geständnis ab, widerrief es aber später. Nach den bisherigen Feststellungen ist die Firma Liemann um etwa 10,000 Mk. geschädigt. Die genaue Untersuchung der Bücher wird ergeben, ob sich die Summe nicht noch höher beläuft. Ferner dürfte durch die weitere Untersuchung festgestellt werden, ob Schloß, wie vermutet wird, auch eine große Anzahl seiner anderen Kunden betrogen hat.

Der *Arbeitsmarkt im Februar* gestaltete sich nach No. 3 des „Reichsarbeitsblattes“ nicht einheitlich, aber überwiegend günstig. Auf der einen Seite zeigte sich namentlich bei einem Teil der Großindustrie ein Stillstand, auf der anderen Seite konnte, wie immer im Februar, eine Aufwärtsbewegung bei gewissen Saisongewerben beobachtet werden. Auf dem Rohkohlenmarkt verschlechterten sich die Absatzverhältnisse weiter. Auch im Saarrevier und in Oberschlesien blieb die Nachfrage nach Kohlen sehr schwach. Die Braunkohlenindustrie klagte gleichfalls. Hauptsächlich schuld daran waren die überaus günstigen Witterungsverhältnisse, die den Bedarf für Hausbrand minderten. In der Eisen- und Metallindustrie hat sich gegen den Vormonat wenig geändert, doch machte sich eine leichte Besserung fast allgemein geltend. Bei den Werken des Stahlwerksverbandes war die Beschäftigung etwa gleich groß wie im Vormonat. Die Textilindustrie leidet weiter unter den hohen Rohmaterialpreisen; ganz ungenügend war die Baumwollspinnerei beschäftigt. Auf die Tuchfabrikation war die milde Witterung von günstigem Einflusse. Das Baugewerbe wies infolge der milden Witterung einen besseren Beschäftigungsgrad auf als sonst in dieser Jahreszeit, doch wird ein wirklicher Aufschwung vermißt, zum Teil sogar eine Verschlechterung gemeldet. Das Bekleidungs-gewerbe zieht Vorteil aus der warmen Witterung und aus dem dieses Jahr so früh fallenden Osterfeste, und ist deshalb sehr befriedigend beschäftigt.

## Politische Monatsschau.

Berlin, den 2. April 1910.

Knoten-Oertel über das Reichstagswahlrecht. Die Notwendigkeit der Forderung des preussischen Wahlrechtskomples durch das ganze deutsche Volk. Der gegenwärtige Stand der preussischen Wahlrechtsreform. Der „Fürmer“ über die nationale Aufgabe der Sozialdemokratie. Der Klingelbeutel für eine Ehrengabe an die Berliner Schutzmannschaft.

Wie stark das ganze deutsche Volk an dem Wahlrechtskampf in Preußen, dem größten und einflußreichsten deutschen Bundesstaat, interessiert ist, beweist wieder einmal eine Auslassung der „Deutschen Tageszeitung“, deren Chefredakteur Dr. Georg Oertel sich in der letzten Sonntagspistel folgenden Vorstoß gegen das Reichstagswahlrecht leistet:

„Was zunächst das Reichstagswahlrecht anlangt, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß dieses Wahlrecht so ungerecht und so unvernünftig ist, wie nur möglich. Nur dann würde es den Forderungen der Billigkeit und der Vernunft entsprechen, wenn die wahlmündigen Männer sämtlich die gleiche Einsicht, das gleiche Verantwortlichkeitsgefühl und die gleiche Staatsgesinnung hätten. Aber wir müssen uns vorläufig mit dem Reichstagswahlrechte abfinden. Das Reich wurde neu geschaffen, das Wahlrecht war ein Versuch. Nur als einen solchen hat es Fürst Bismarck, der Schöpfer des Reiches betrachtet. Uebrigens darf niemals vergessen werden, daß Fürst Bismarck nicht das geheime, sondern das öffentliche Wahlrecht wollte und sich nur schwer dazu verstand, die geheime Wahl schließlich zu billigen. Bisher ist es möglich gewesen, mit dem Reichstagswahlrechte schlecht und recht auszukommen. Es hat vorläufig keine erhebliche Gefährdung des ersten Staatszweckes herbeigeführt. Wie lange das noch der Fall sein wird, steht dahin. Wir fürchten, die Zeit wird bald genug kommen, in der die Gefährdung der Staatsverwaltung durch das Reichstagswahlrecht so stark wird, daß man im Interesse der staatlichen Selbsterhaltung eine Aenderung vornehmen muß, die dann das kleinere Uebel unter allen Umständen sein würde. Diese Möglichkeit näher zu erörtern, ist jetzt weder nützlich noch geboten.“

Eine Kritik der in diesen Auslassungen des Agrarierblattes enthaltenen Bekenntnisse einer schönen Seele erbringt sich. Es genügt, sie niedriger zu hängen, um zu zeigen, daß der Reaktionsär schlimmster Sorte, der sie niederschrieb, vor der Propagierung des Staatsreiches nicht zurückschreckt, wo es sich um die weitere Rechtmachung der breiten Volksmassen handelt. Und so wie Dr. Oertel, der sich durch seine Vorliebe für die Prügelstrafe den schönen Namen Knoten-Oertel erwarb, denken noch viele seiner Standes- und Klassengenossen, denken vor allen Dingen ziemlich alle junkerlichen Leser seines Blattes, denen er zweifellos mit seinem unverblühten Angriff auf das Reichstagswahlrecht aus der Seele gesprochen hat.

Die reaktionären und vor keinem brutalen Gewaltstreich zurückschreckende Junkerklasse hat aber ihren Hauptstützpunkt in Preußen, dessen elendes Wahlsystem sie zu unbeschränktem Beherrscher der preußischen Gesetzgebungsmaschinerie macht. Und durch diesen Bundesstaat üben sie weiterhin ihren ganzen unheilvollen Einfluß auf die Geschicke des Reiches aus. Infolge dieser Zusammenhänge muß eben das ganze deutsche Volk teilnehmen an dem preußischen Wahlrechtskampf und mit aller Kraft eine Aenderung der himmelschreiend ungerechten preußischen Zustände herbeiführen helfen. Denn nur auf diese Weise kann die Macht des Junkertums in Preußen und des Horts der Reaktion im Reich gebrochen und das, was in letzterem freierlicher ist, gesichert und weiterentwickelt werden.

Ueber den Stand der preußischen Wahlrechtsreform haben wir unsere Leser bereits durch den Artikel »Die preußische Wahlrechtskomödie« in Nr. 12 der »Gr. Pr.« unterrichtet. Zu bemerken wäre noch, daß während der Osterferien Konservative und Zentrumsleute eifrig bemüht sind, in letzter Stunde doch noch die Nationalliberalen für ihren Kuhhandel zu gewinnen. Diese verlangen Zugeständnisse, die nichts anderes als die vollständige Ausschaltung der letzten wirklichen Volksvertreter aus der preußischen »Volksvertretung« bezwecken. So soll die Drittelung der Steuersummen und damit der Wähler nicht nach Urwahlbezirken, wie es gegenwärtig ist, sondern nach Gemeinden vorgenommen werden. Dadurch würde die Sozialdemokratie sofort die 5 Mandate, die sie in Berlin erobert hatte, nicht mehr zu halten vermögen. Die stärkste Partei in Preußen und in Deutschland würde wieder im preußischen Parlament vollständig unvertreten sein. Es bleibt abzuwarten, ob das Zentrum zu seinen bisherigen Volksverräterei diesen weiteren Verrat am Volke fügen und den Wunsch der Nationalliberalen erfüllen wird. Die Wiederholung der Schlußabstimmung am 12. April wird darüber Klarheit schaffen.

Wie die preußische Wahlrechtskomödie jetzt so gar sehr weit rechtsstehende Publizisten, soweit sie sich von dem fanatischen Haß gegen jeden Fortschritt freigehalten und ihre Ruhe und Besonnenheit nicht verloren haben, abstößt, zeigen folgende Betrachtungen, die Frhr. v. Grotthuß in dem von ihm herausgegebenen »Türmer« den Wahlrechtsgegnern zu Gemüte führt:

»Eine solche »Reform« wie die der Regierung oder der konservativ-merikanischen Parteidiktatur mußte das ganze Bürgertum, soweit es Selbstachtung und gesundes Denken noch nicht ganz verlernt hatte, auf die Schanzen rufen und der Sozialdemokratie an die Seite treiben. Und das ist der größte Fehler, den eine schwächliche Regierung unter der unvernünftigen, dabei widerständlichen, ja dienstfertig übernommenen Herrschaft sogenannter Mehrheitsparteien von ihrem Standpunkte aus begehen konnte. Sie hat — was keine Agitation erreichen konnte — das Bürgertum in eine Front mit der Sozialdemokratie genötigt, es gezwungen, Schulter an Schulter mit ihr zu kämpfen. Und die bitterste Pille mit, die die Regierung dabei herunterschlucken muß, ist, daß in diesem Kampfe für eine gute und gerechte Sache, für eine unabweisbar nationale Aufgabe die Sozialdemokratie als Bannerträgerin auch des Bürgertums erscheinen darf. Einen größeren Dienst hat wohl nie eine Regierung, haben wohl nie herrschende Parteien ihrem geschworenen Feinde geleistet. »Ich liebe eine gesinnungstüchtige Opposition«, sagte Friedrich Wilhelm IV. Bitter tut uns eine gesinnungstüchtige Sozialdemokratie, wird sich jetzt mancher bürgerliche Wahlrechtskämpfer im stillen Kämmerlein sagen, wenn er auch nach außen hin, aus Geschäfts- und anderen Gründen, immer noch weit — vielleicht weniger weit mit dem Stimmzettel — von ihr abrücken wird. Der Bann ist gebrochen, nicht bei allen, aber doch bei vielen, bei sehr vielen. So wird die Sozialdemokratie bei uns zu Lande »bekämpft!« Ist das die Möglichkeit?»

Wir wollen hoffen, daß Frhr. v. Grotthuß mit seiner Einschätzung der Wirkungen der preußischen Wahlrechtsreform, die sich von den Staatsstreichtreibereien Knuten-Oertels in der »Deutschen Tageszeitung« wohlthuend unterscheiden, Recht behält. Die nächsten Reichstagswahlen werden zeigen, ob im deutschen Bürgertum wirklich noch genügende Massen rückgratstarker und aufrechter Männer vorhanden sind, die mit den Vertretern der Schnapsblockparteien im deutschen Reichsparlament einmal gründlich aufträumen und ihnen damit einen unvergeßbaren Denkmahl applizieren helfen.

Vorläufig sieht es mit dem Kampfe des Bürgertums für freiere Zustände Seite an Seite mit der Arbeiterschaft und ihrer politischen Vertretung, der Sozialdemokratie, noch nicht besonders vielversprechend aus. Es sind immer nur einige wenige, denen angesichts der Brutalisierung der großen Masse des Volkes durch einen kleinen Kreis von Machthabern die Rote des Zorns in die Wangen steigt. Die gewaltigen Wahlrechtsdemonstrationen, bei denen das Bürgertum hätte zeigen können, daß es in dem Freiheitsringen des preußischen Volkes zuverlässig ist, haben seine Schwäche und Unentschlossenheit erwiesen. Die Arbeiterschaft war dabei fast völlig auf sich selbst angewiesen; das Bürgertum hielt sich den Kundgebungen bis auf wenige Ausnahmen fern.

Und jetzt lassen es sich sogar noch weite Kreise des Bürgertums gefallen, daß sie zur Sammlung einer Spende für die Werkzeuge der kleinen Klasse der Machthaber, für die Schutzleute, angerufen werden, die in der empörendsten und unvernünftigsten Weise gegen die Wahlrechtsdemonstrationen wüteten. Diese forderten und fordern nichts anderes als politische Gleichberechtigung! Und gegen diese ihr Recht fordernden Staatsbürger hetzt man bis an die Zähne bewaffnete Individuen, die nur den Namen Schutzleute führen, weil sie sich ohne eigenen Willen zum Schutze und zur Aufrechterhaltung der Macht der kleinen Schar der Machthaber gebrauchen lassen. Sie stürzen sich auf Kommando mit blanker Waffe auf friedliche Spaziergänger, wofür sie jetzt noch durch eine besondere »Ehrengabe« belohnt werden sollen, ungefähr so wie ein Hund von seinem Herrn mit einem Stück Wurst extra bedacht wird, wenn er eine Aufgabe besonders gut ausführte, wofür er dann durch Schweifwedeln quittiert. Fürwahr, es ist ein trauriges Handwerk, was von diesen Schutzleuten ausgeübt wird, und es ist kein Wunder, daß es bei allen von einem gewissen Gefühl für Menschenwürde erfüllten Männern nicht hoch im Kurse steht.

Der Plan zu der »Ehrengabe« wurde von dem brandenburgischen Landesdirektor, dem Junker v. Manteuffel, ausgeheckt. Das linksliberale »Berliner Tageblatt« schrieb dazu vollständig zutreffend: »Einem unserer Hochtories, der sonst für das stramme Altpreußentum schwärmen, blieb es vorbehalten, für einen Korruptionsfonds den Klingelbeutel herzustellen; hoffentlich findet er, wenn er ihn umstülpt, vorwiegend Hosenköpfe darin.« Wir wollen abwarten, ob die Mehrheit des angesehenen Bürgertums auf demselben vernünftigen Standpunkt steht, wie das »Berliner Tageblatt.«

### Kritikaster und Querulanten.

Es gibt in der Gewerkschaftsbewegung eine recht eigenartige Sorte von Mitgliedern. Sie sind eingeschriebene Mitglieder, zahlen ihre Beiträge ziemlich pünktlich, sind in fast jeder Versammlung anwesend, ergreifen hier auch oft das Wort, sind auch sonst sehr gesprächig und reden auch bei andern Gelegenheiten recht viel über die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und ihren Verband im besonderen. Ei, der Tausend, wird mancher sagen, dann sind das doch recht vernünftige Menschen, die ihrer Gewerkschaft und damit auch der allgemeinen Arbeiterbewegung sehr nützlich sind! Ja lieber Leser, die Sache, so nett sie sich angehört, hat dennoch einen recht bedenklichen Haken. Es kommt bei der soeben geschilderten Tätigkeit vor allem auf das »Wie« an, und deshalb möchte ich diese Leute denn doch etwas näher schildern.

Also seine Beiträge zahlt so ein Gewerkschafter ziemlich pünktlich. Sein selten versiegender Redestrom ergießt sich aber auch bei dieser für einen Gewerkschaftsgenossen unerlässlichen Betätigung vor allem über den, der als Einkassierer seines wichtigen Amtes waltet. Er ist selten der Freund eines solchen Funktionärs. Mit strenger Miene schiebt er diesem den Gewerkschaftsbulbus hin und erklärt dabei feierlichen Ernstes, daß der Beitrag ein viel zu hoher sei und daß der Verband für das schöne Geld doch eigentlich so gut wie garnichts leiste. Das erzählt er nicht nur dem Funktionär, das erzählt er jedem, der es hören und nicht hören will. Und unwillig nimmt er schließlich sein abgestempeltes Verbandsbuch und trollt brummend seiner Wege.

Auch in fast jeder Versammlung ist dieser Gewerkschafter. Hier meldet er sich bei jeder Sache getreulich zum Wort. Und er wird stets, getreu seinem »Prinzip«, einen anderen Standpunkt vertreten als der Vorstand oder die Mehrheit der Anwesenden. Und da er selten mit seiner Ansicht durchdringt, wird er stets mit unheilverkündender Stimme das nahe bevorstehende Ende des Verbandes prophezeien. Er wird bei dieser Gelegenheit auch oft seinen Verbandsaustritt erklären und sich hoch und teuer verschwören, nun, nachdem man auch noch diese neue »Dummheit« gemacht habe, unter keinen Umständen mehr mitmachen zu wollen. Aber bei dem berühmten letzten Punkt jeder landläufigen Gewerkschaftsversammlung, dem »Verschiedenen« oder »Lokalen«, ergreift er bereits wieder das Wort. Er hat sich mit irgend einem Kollegen auf 'er Arbeitsstätte oder im Lokal verfeindet, und er unterläßt nun nicht, bei diesem Punkt seine Angelegenheit recht eingehend zur Sprache zu bringen und zu zeigen, welch schlechter Kerl dieser Kollege doch eigentlich ist. Das Mindeste, was er verlangt, ist, daß diesem Menschen für sein »unkollegiales« Verhalten eine feierliche Rüge erteilt wird. Und wehe, wenn die Versammlung dem nicht Folge leistet! Er erklärt alle für Ausbunde aller Untugenden und stürzt wutschnaubend fort, um — in der nächsten Versammlung dasselbe Schauspiel zu wiederholen.

Auch in der Werkstatt und in öffentlichen Lokalen setzt unser Freund seine »Kritik« unbeirrt fort. Jedermann erklärt er, daß das Verbandsstatut von vorn bis hinten rein garnichts taue. Jeder darin enthaltene Paragraph sei eine ausgemachte Dummheit. Jeder Verbandsbeschuß sei eine komplette Bosheit, die sich vornehmlich und ausgerechnet gegen seine Person wende. Und der Refrain ist stets, daß ein so geleiteter Verband un-

rettbar seinem Untergange zuzusteuere und über kurz oder lang kläglich zusammenbrechen müsse...

Auch die Funktionäre seines Verbandes hat ein solcher Gewerkschafter durchweg für ausgemachte Idioten, obwohl er selbst jedes Amt, zu dem er vorgeschlagen wird, mit tiefem Ernst ablehnt. Dafür aber erzählt er jedem, daß er es für ganz unerfindlich halte, wie man solche Leute auf solche verantwortlichen Posten stellen konnte. Der Vorsitzende habe absolut kein Organisationstalent und verstehe auch nicht die kleinste Versammlung zu leiten, der Schriftführer könne nicht schreiben und der Kassierer nicht rechnen. Und wenn so ein »unfähiger« Kopf gar angestellt wird und seinen Lohn von den Gewerkschaften bezieht, so ist es erst recht gefehlt. Denn dieser Mensch, den man in irgend einer schwachen Stunde in ganz unbeeinträchtiger Weise auf diesen verantwortungsvollen Posten gestellt hat, ist bei ihm nichts weiter als ein elender Postenjäger, dem es nun endlich doch gelungen ist, das langersehnte Amt zu ergattern. Außerdem ist er dumm und ein Faulpelz, der nur bemüht ist, sich von den Groschen der Gewerkschaft schöne Tage zu machen. Solche Leute verstehen überhaupt nichts von der Arbeiterbewegung, und es sei höchste Zeit, daß sie »abgesägt« werden. So ein Amt könne, genau betrachtet, überhaupt ganz gut des Abends in der Dämmerstunde so nebenbei erledigt werden. Und richtig genommen seien alle diese Funktionäre weiter nichts als elende und ehrgeizige Streber, denen die Arbeitersache nicht im geringsten am Herzen liege...

Lieber Leser, merkt Du was? Schau Dich um, und Du wirst solche »guten Freunde« der Gewerkschaft sehen können. Das sind unsere nörgelnden Kritikaster und Querulanten, denen nichts recht ist und denen man es nie recht machen kann. Keine Spur einer ehrlichen Opposition und vernunftmäßigen Kritik findest du bei ihnen! Sie nörgeln, spintisieren, querulieren und kritisieren aus »Prinzip« und arten so oft zum Schrecken der Gewerkschaft aus. Der Nutzen, den sie bieten, ist ein kleiner, der Schaden aber, den sie anrichten, unberechenbar. Was kann es einer Gewerkschaft groß nützen, wenn irgend jemand wohl seine Beiträge bezahlt, durch sein Benehmen aber andere von der Gewerkschaftsbewegung zurückschreckt? Was hilft es der Organisation, wenn jemand ein fleißiger Versammlungssucher ist, durch sein Auftreten in der Versammlung aber Dutzenden seiner Arbeitsgenossen den Versammlungsbesuch verleidet, wenn er durch das Aufbauschen kleinlicher Dinge zu großen »Prinzipienfragen« den glatten Verlauf der Versammlung stört und hindert? Wie kann einer Gewerkschaft damit geholfen sein, wenn jemand bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit deren Einrichtungen herabwürdigt und die von der Allgemeinheit in demokratischem Wahlverfahren eingesetzten und erprobten Leiter der Organisation durch den Kot schleift? Wo soll der unerläßliche Kampf einer Gewerkschaft herkommen, wenn solche unberufenen Störenfriede tagtäglich die »Ohnmacht« der Gewerkschaften predigen und deren nahen und gewissen Untergang prophezeien?

Auf solche Weise wird einer Gewerkschaft nie geholfen. Leute, die sich auf solche Art betätigen und so den mühevollen Aufbau der Gewerkschaft zu stören suchen, gehören zu den gefährlichsten Gegnern ihrer Organisation, obwohl ihnen zumeist das Bewußtsein ihrer schädigenden Eigenschaften abgeht. Sie sind wohl Mitglieder, aber auch unbewußte Totengräber der Arbeitersache. Ihnen derb auf die Finger zu sehen und sie stets auf das Schädliche ihrer Handlungen hinzuweisen, muß die Aufgabe jedes wahren Gewerkschafters und wirklichen und rückhaltlosen Freundes der Arbeitersache sein!

Darum, Du wahrer Freund unserer guten Sache, hab' acht auf die unberufenen Kritikaster in den eigenen Reihen! Suche die schädigende Tendenz ihres Charakters zu entkräften, in dem Du ihnen stets und überall wirksam und energisch entgegentrittst und ihnen das Schädliche ihrer Handlungsweise vorhältst.

Verkenne mich aber nicht. Ich meine nicht, daß jeder Kritik gegen unsere Verbandsrichtungen die Spitze geboten werden soll! Das wäre schädlich und auch gefährlich für unsere weitere Fortentwicklung. Kritik in unseren eigenen Reihen ist notwendig. Und es wird sich stets bei jeder Neuerung im Verbands herausstellen, daß sie Gegner hat. Und wenn hier nun die Kritik einsetzt, so schadet das nichts. Die Kritik geschehe aber maßvoll, sei von brüderlichem Geiste durchtränkt und dem ehrlichen Empfinden, nur das Beste für die Organisation zu wollen! So entsteht eine sachliche und fruchtbare Diskussion, die die Geister und Ansichten klärt, dem Wahren und Guten die Bahn ebnet und der Organisation zum größten Vorteil gereicht!

Und tritt weiter stets in Wort und Tat für Deine Organisation ein! Sie ist unser einziger Hort gegen den Uebermut des Unternehmertums! Darum strebe und agitiere für sie. Zeige stets ihre besten Seiten, rüttle den Lauen auf, tröste den Zagenden und Zweifler! So wirst Du am besten für Deine Organisation. Und das ist dann nicht nur Dein Vorteil, es ist auch der Vorteil Deiner gesamten Klassen-genossen...

Und falls Du — was ich allerdings nicht hoffe — zu den oben erwähnten nörgelnden Kritikastern und Querulanten gehören solltest, dann beherrige



graphen. Natürlich leidet unter dem gegenseitigen Abwürgen auch die Qualität der Arbeit in erheblichem Maße, sodaß sich am Ende in Leipzig der ganze Schund von Arbeit konzentrieren wird. Ein Beispiel: Ein Pakal wird von einer großen Leipziger Offizin mit 380 Mk. kalkuliert, 500 Mk. verlangt ein Privatlithograph und ein anderer bekommt die Ausführung für — 190 Mk.! Nach all dem Geschiderten dürfte die Beantwortung der Frage, ob derartige Zustände haltbar sind, nicht schwer sein und nur in einem glatten »Nein« bestehen. Dieser Antwort muß natürlich eine einige, geschlossene Macht den nötigen Nachdruck verleihen. — Der Fall Eschbach & Schäfer ist aus den jetzigen Verhandlungen ausgeschlossen worden. Das Gewerbegericht hat in der Feststellungsklage Kontraktbruch konstatiert. In anderen Firmen ist die Kündigung eingereicht worden, ohne daß vorher die Verwaltung in Kenntnis gesetzt worden wäre. Das mag von gutem Kampfesmut zeugen, aber im Interesse der Einheit und des planmäßigen Vorgehens sind die vorherigen Anmeldungen notwendig. Die Unternehmer könnten sonst meinen, wir wären zersplittert; doch das sind wir nicht. Wir wissen, was wir wollen; wir wissen, daß die Maschinen nicht nur mehr klappern; wir wissen, daß das, was wir verlangen, uns nicht geschenkt wird, sondern daß wir es uns erringen und verdienen müssen. — In der Diskussion wurde das provokatorische Treiben des Schutzverbandes aufs schärfste verurteilt. Die Einstellung der beiden nützlichen Elemente bei Eschbach & Schäfer bezwecke nur, die organisierten Kollegen zu verdrängen und sei ebenfalls nur in provozierender Absicht geschehen. Nach der brüskten Ablehnung der Kommission sei die sofortige Arbeitsniederlegung zu verstehen. Die Leipziger Kollegenschaft werde hinter den Kontraktbrüchigen stehen, und sie in jeder Hinsicht, moralisch und finanziell unterstützen. Ferner wurde ausgeführt, daß es Zeit sei, das Verhandeln und Zurückweichen, wie bei Einführung der Novelle zur G.-O., aufzugeben und dem groß-ächtigen Schutzverbande energisch entgegenzutreten. — Einstimmig erklärte sich die Versammlung dafür, die 20 Pfg. zum Kampffonds mit der wöchentlichen Beitragsmarke zu bezahlen.

### Auch eine Station.

Nur als eine Station für Vorübergehende kann die im Nordwesten Deutschlands liegende Stadt Rheydt in Betracht kommen. In dieser haben schon unzählige Kollegen, darunter vornehmlich Berliner, ihr Heim aufschlagen wollen. Die Kunstanstalt Hermann Schött A.-G. kann immer tüchtige Leute gebrauchen und zwar in allen Sparten. Die Hauptsache ist, daß sie billig und — was nicht unbeachtet bleibt — gesinnungstüchtig sind. Aber in beidem hat die Firma Pech. Denn unter dem reisenden Publikum unseres Gewerbes sind meist aufgeklärte Leute, die Versprechungen, die nachher nicht eintreffen, widerstehen können. Unter dem Gesichtswinkel, eine Lebensstellung sei zu vergeben, werden die Korrespondenzen mit den betreffenden Neuengängierenden geführt und die Spezialisten nach Rheydt gelotet. Aber wer es halbwegs ermöglichen kann, schüttelt sehr bald wieder den Staub von den Füßen. Selbst das ziemlich stark vertretene einheimische Element geht in die Fremde, woraus zu ersehen ist, wie wohl man sich unter den Schött'schen Verhältnissen fühlt.

Rheydt ist eine mittlere Stadt mit viel Industrie und 200 Proz. Kommunalsteuer. Die Lebensverhältnisse sind keineswegs billiger als in der Großstadt. Die landschaftliche Lage bietet nichts Besonderes und mit guten Unterhaltungen ist es erst recht nichts, im Winter geradezu laurig. Dazu kommt noch die sehr »angenehme« Kondition.

Der Verkehrston des Herrn Direktors Keller hält keinen Vergleich aus mit dem des Kasernenhofs. Er ist kaum zu schildern. Man muß den Mann in seinem nervösen Zustand gesehen und gehört haben, wie er sich in gewissen Situationen ausstobt. Einige Proben sollen dies andeuten: Drei Fabrikasschlußmitglieder wollen im Auftrag ihrer Kollegen den Herrn Direktor sprechen. Sie gehen in der Frühstückspause ins Kontor. Nach kurzer Zeit erscheint er und, ehe die Kommission zum Wort kommt, brüllt der Herr so laut als eben nur möglich: »Raus, raus, raus! Ich verhandle mit niemandem!« In den einzelnen Abteilungen kommt es dann und wann zu — Strafpredigten. Ich nenne es ebenso, weil ein anderer, zutreffender Ausdruck nicht existiert. Bei diesem löblichen Tun sind Ausdrücke wie Dreckklappen, Schmierfink usw. geläufige Redensarten. — Zur Abwechslung läßt man wieder eine Anzahl Leute nach dem Privatkontor kommen. Diesmal Lithographen. Die Begrüßung wird mit: »Da sind die Faulpelze!« eingeleitet. Aber nicht genug mit dieser Beleidigung und den anschließenden, ungerechten Belegungen. Am kommenden Samstag werden 17 Lithographen und eine Woche darauf wieder eine Anzahl Lithographen und Drucker gekündigt. Gleichzeitig engagiert man 2 Lithographen, einen aus Sachsen und einen aus Böhmen, selbstverständlich Unorganisierte. Der Verkehrston des 1. Direktors gegenüber dem 2. scheint ähnlich so wie gegenüber den Gehilfen zu sein. Mitten in der Druckerei wurde dem letzteren zugerufen: »Ziehen Sie Ihren Rock an, ich will Sie nimmer sehen!« Ein idyllisches Verhältnis!

Wenn sich aber ein Kollege erdreistet, auf solche Schmeicheleien des Direktors eine Abwehrebemerkung zu machen, dann ist der Arbeiter gerade noch so lange in der Fabrik, als er Zeit zum Ankleiden braucht. Eine ganz erhebliche Anzahl Beschäftigter vom Lehrling und Hilfsarbeiter bis zum Ober- und Kontorpersonal kommt jährlich ganz unverhofft außer Stellung und bekommt teils freiwillig, teils mit Hilfe des Gewerbegerichts das Geld für diese Art Kontraktbruch. Wenn die deutsche Gehilfenschaft bei sämtlichen Bewegungen Kontraktbruch begeht, dann kann vielleicht die Zahl der von der Firma Schött in Rheydt unter Nichterhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist Entlassenen erreicht werden. Außer der kurzen Dauer der Stellungen bei Schött und der »guten« Behandlung haben die Kollegen auch zu erwarten, daß Feiertage, die von der Firma ohne eine Verständigung mit den Gehilfen angesetzt wurden, nicht bezahlt werden. Nicht weniger als in drei Fällen mußte beim Schutzverband interveniert werden. Und um beim Schutzverband den Sachverhalt richtig stellen zu lassen, bedurfte es erst einer Gewerbegerichtsklage. Also wahrheitsliebende Berichterstatter! — Auch zur Einhaltung der vorgeschriebenen Anzahl Lehrlinge mußte die Firma erst gemahnt werden.

Trotzdem die Kollegenschaft nahezu ein Jahr lang jede Woche nur 5 und teilweise nur 4 Tage arbeiten konnte und auch wochenweise ganz aussetzen mußte, wurden noch Lohnabzüge vorgenommen. Diese Uebung hatte sich bis vor kurzem so eingebürgert, daß ein Gehilfe Abzug bekam, der für die fragliche Arbeit garnicht in Betracht kam. Daraus ersieht man, wie rigoros man mit dem Gelde anderer Leute umgeht. Dazu paßte die eben begrabene Arbeitsordnung des Schutzverbandes mit dem Strafsystem. Dadurch hätte manche Firma den Gipfel der Unverschämtheit erklimmen können. Denn wenn in der fraglichen Firma den Lehrlingen Abzüge bis zu 1,50 Mk. gemacht werden, so ist schon genügend bewiesen.

Das Geschäft hat eine eigene Krankenkasse. Ein an dieser tätiger Arzt ist ein Schwager des Herrn Direktors. Trotzdem freie Arztwahl besteht, ist niemandem zu raten, einen anderen als diesen Arzt zu konsultieren.

Das neueste von der Firma angewandte Mittel, den Verband zu schwächen, ist, daß man einige Gehilfen zu »Oberrn« macht. Einige Wochen nach diesem Avancement werden sie vor die Wahl gestellt, entweder aus dem Verband auszutreten oder aus der Stellung.

Mit solchen Maßnahmen bekämpft man den Verband und macht das Koalitionsrecht illusorisch. Es wäre eine dankbare Aufgabe für den Schutzverband und seine Kreisvertreter, solche Ungehörigkeiten seiner Mitglieder, wie wir sie hier geschildert haben, in ihre Schranken zu weisen. Aber für solche Dinge erklärt sich der zuständige Kreisvertreter des Schutzverbandes nicht für kompetent. Er fühlt sich vielmehr zuständig, im »Deutschen Steindruckgewerbe« über die »hinlänglich bekannte Forscheit des Gehilfengaleiters« zu zernern und über eine angebliche »künstliche Verkürzung der Arbeitszeit« zu lamentieren. Die Absicht dieses löblichen Tuns ist zu durchsichtig. Die Kollegenschaft wird aber ersehen, was für günstige Aussichten eine Stellung in der Kunstanstalt Hermann Schött A.-G. in Rheydt bietet.

O. Bauknecht.

### 50 Jahre österreichische Organisation.

I.

Am 16. April 1910 werden es fünfzig Jahre, daß zum ersten Male mit den Beitragsleistungen zu dem damaligen »Kranken-Verein der Lithographen und Steindruckere« begonnen wurde. Seine Gründung fiel in eine Zeit, in der das politische Leben in Oesterreich von neuem zu erwachen begann, als sich in der gesamten Bevölkerung ein mächtiges Regen nach politischen Rechten bemerkbar machte. Die allgemeinen Verhältnisse im graphischen Gewerbe Oesterreichs lagen damals ziemlich ungünstig. Das miserable Preßgesetz und die Abhängigkeit vom Auslande trugen viel zur gedrückten Lage unserer Kollegen bei, während die Kunst Senefelders in Deutschland mächtig emporblühte. Trotzdem gelang es, diese Schwierigkeiten zu überwinden und einen Verein zu gründen, an dessen Spitze der damalige Geschäftsführer der Firma Ed. Sieger, Herr Georg Moser, stand. Der Mitgliedsbeitrag betrug 10 Kreuzer, die Kranken-Unterstützung wurde auf 5 Gulden pro Woche festgesetzt. An Leichenkassenbeitrag wurden 30 Gulden ausgezahlt. Gerade die Unternehmer haben zu dieser Zeit den Wert eines Zusammenschlusses richtig erfaßt, dies beweisen die zahlreichen Gründungsbeiträge, die gezeichnet wurden. Heute sind ihnen unsere Organisationen wohl nicht mehr so bequem wie vor einem halben Jahrhundert.

Die erste Form der gegenwärtigen größten Ortsgruppe des österreichischen Senefelder-Bundes war also die eines Kranken-Vereins. Als es dann Ende der 60er Jahre mit der Arbeiterfrage in Oesterreich vorwärts ging, als es in den Köpfen der Arbeiter anfang, hell zu werden, genügte wahrscheinlich auch den graphischen Arbeitern der Kranken-Verein nicht mehr und man schritt zur Gründung eines Fach-Vereins der Lithographen und Steindruckere

Wiens. Dieselben Personen, die im Kranken-Verein tätig waren, hatten auch eine führende Rolle im Fachverein, dessen Zweck die Wahrung und Hebung der Interessen der graphischen Arbeiter war, also schon ein Vorbild einer gewerkschaftlichen Organisation. Als im Jahre 1870 die Sozialdemokratie in Oesterreich zu blühen begann, als die Behörden gegen die Vereine und deren Führer schärfer einschritten, wurden am 30. Juli desselben Jahres 26 Fachvereine aufgelöst, darunter auch der der Lithographen und Steindruckere Wiens. Am 25. Oktober 1870 wurden die neuen Statuten eingereicht und am 9. Dezember 1870 genehmigt. Der Verein erhielt den Titel »Senefelder-Verein der Lithographen und Steindruckere in Wien«. Die Statuten waren dem neuen Kurse der österreichischen Behörden entsprechend sehr vorsichtig abgefaßt.

Die Tätigkeit dieses Verein war infolge der geschäftlichen Krise Anfang der siebziger Jahre sehr abgeflacht und am 1. März 1875 wurde der Beschluß gefaßt, den Senefelder-Verein aufzulösen und ihn mit dem Kranken-Verein zu verschmelzen, der durch eine Statutenänderung in eine Unterstützungs- und eine Fortbildungs-Sektion geteilt wurde. Letztere hatte die Regelung der Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeit durch friedliche Vereinbarung mit den Prinzipalen, die geistige und fachliche Ausbildung der Mitglieder usw. als Ziel. Der Zweck der Unterstützungs-Sektion war die Unterstützung der kranken und invaliden Mitglieder und Gewährung von Sterbegeld.

Anfang der achtziger Jahre wurden die Statuten abermals geändert. Das Gremium der Buch-, Stein- und Kupferdrucker Wiens beschloß, daß die Unternehmer ihre Gehilfen anhalten sollen, dem Verein als Mitglieder beizutreten. Die Fortbildungs-Sektion entfalte eine rege Tätigkeit und gründete auch einen Gesangs-Klub. Am 25. August 1885 wurde das 25-jährige Gründungsfest gefeiert, bei dem der Reichsratsabgeordnete Dr. Kronawetter die Festrede hielt. Im Jahre 1886 wurden mit Böhmen und Steiermark Gegenseitigkeitsverträge abgeschlossen. Im Jahre 1888 wurde eine Arbeitslosenkasse gegründet und ein Gegenseitigkeitsvertrag mit Troppau abgeschlossen.

Mit dem Beginn der neunziger Jahre begann für die graphischen Arbeiter in Oesterreich eine neue Aera. Die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die unregelmäßigen Arbeitszeiten, niederen und ungleichmäßigen Löhne, die Lehrlingszüchterei, kurz ein für die Dauer unhaltbarer Zustand führte zur Gründung einer gewerkschaftlichen Organisation, des »Vereins der Angehörigen der graphischen Fächer für Niederösterreich in Wien«, der das erste Bestreben hatte, mit der Mißwirtschaft in dem graphischen Gewerbe Oesterreichs energisch aufzuräumen. Derartige Organisationen wurden in verschiedenen Kronländern der Monarchie errichtet und dann zu einem Verbanne vereinigt.

Nun begann ein Kampf der sogenannten »Opposition« im Unterstützungsverein, der ein volles Jahrzehnt dauerte und eigentlich nichts anderes bezweckte, als daß die Fortbildungs-Sektion eine größere Tätigkeit entfalten und man den Bestrebungen dieses Teiles der Mitglieder, die auch in dem Gewerkschafts-Verein organisiert waren, nach einem Ausbau des Unterstützungsvereins auf wirtschaftlicher Basis Rechnung tragen sollte. Mit dem am 4. Oktober 1890 von der »Opposition« beantragten Mißtrauensvotum, das aber in dieser General-Versammlung abgelehnt wurde, war eigentlich der faktische Beginn dieser Reformarbeit im Unterstützungsverein und wir gedenken heute nach 20 Jahren anerkennend jener Männer, die damals die erste Bresche in die Mauern dieser festen Burg legten. Im Jahre 1894 wurde die Witwen- und Waisen-Kasse gegründet, nachdem sich die Leitung des Unterstützungs-Vereins durch das Eingreifen der gewerkschaftlichen Elemente, der »Jungen«, durchaus nicht irrt machen ließ, ihre konservativen Ansichten beibehielt und in dem Ausbau der reinen Unterstützungs-Einrichtungen unbeirrt weiterschritt. Im Jahre 1894 wurden die Statuten geändert und dabei der Punkt herausgehoben, daß der Verein das Recht habe, Fachschriften herauszugeben. Im selben Jahre wurde mit dem ungarischen Unterstützungs-Verein die Gegenseitigkeit durchgeführt. Später wurde ein Haus gekauft und dem Rechnungsführer erlaubt, auf seine Kosten einen Zubau darin aufzuführen. Im Jahre 1899 schlug die damalige Vereinsleitung der General-Versammlung nochmals eine Statutenänderung vor, die die vollkommene Ausmerzung aller dem Fortschritte dienenden Paragraphen aus dem Statut bezweckte, die aber von der inzwischen schon mächtigen Opposition mit Majorität abgelehnt wurde. — Ein Hauptverdienst dieses ersten Sieges der gewerkschaftlichen Anhänger gebührt dem gegenwärtigen Obmann des österreichischen Senefelder-Bundes Karl Mühlberger, im Verein mit den Kollegen Hummel, Franz Gefner, Theodor Zilinsky, Bezeder, Rezab, Schmeck, G. A. Heres und andren, die zum Teil heute schon in kühler Erde ruhen. Mit der Ablehnung dieser rückschrittlichen Statutenänderung war die Stellung des Ausschusses im Unterstützungs-Verein der Lithographen und Steindruckere Wiens arg erschüttert und es gelang der sogenannten Opposition am 8. Juni 1900, den Ausschuß durch Verweigerung des Absolutiums zur Niederlegung seiner Mandate zu zwingen. In der bald darauf folgenden außerordentlichen General-Versammlung wurden die Kandidaten der Opposition mit über-

wiegender Majorität gewählt und zwar Mühlberger als Vorstand, Bezeder als Vorstands-Stellvertreter, Heres als Hausadministrator und Hummel als Rechnungsführer. Am 8. September wurde die 40-jährige Bestandfeier festlich begangen, bei der der gegenwärtige Reichstagsabgeordnete Höger die Festrede hielt.

Die erste Arbeit des Ausschusses war die Ausarbeitung eines Normalstatutes für alle Senefeldervereine Oesterreichs, das auf einer außerordentlichen General-Versammlung angenommen wurde, in der auch die Organisation den Namen »Senefelder-Verein für Niederösterreich« erhielt. Der Mitgliederstand, der bei der Uebernahme durch die neue Vereinsleitung nur ca. 300 betrug, stieg im ersten Jahre schon auf mehr als 500. Das Vereinshaus wurde verkauft, wobei der Verein einen bedeutenden Ueberschuß erzielte. Die Verschmelzung mit dem Gewerkschafts-Verein, über dessen Gründung wir in einem zweiten Artikel schreiben werden, die mit dem Ausbau des früheren Unterstützungs-Vereins innig verknüpft ist, wurde durchgeführt, worin auch die rapide Zunahme der Mitgliedschaft ihre Erklärung findet. Im Jahre 1902 betrug der Mitgliederbestand schon rund 700. Durch die Verschmelzung des Senefelder-Vereins mit dem Gewerkschafts-Verein wurden die Unterstützungen erhöht, die Arbeitslosen-Unterstützung von 6 auf 13 Wochen im Ausmaße von 2 Kronen täglich ausgedehnt, die Waffenübungs- und Reise-Unterstützung eingeführt, kurz, dem gewerkschaftlichen Teil des Vereins ein erhöhtes Augenmerk zugewendet. Selbstredend mußte auch der wöchentliche Beitrag erhöht werden. Am 7. und 8. März 1903 fand eine Konferenz der Delegierten der österreichisch-ungarischen Senefelder-Vereine in Wien statt, bei der die Gegenseitigkeitsverträge festgelegt und mit Deutschland abgeschlossen wurden; ferner wurde die Ausarbeitung eines Verbandsstatuts angeregt.

Am 2. Oktober 1903 fand eine Sitzung sämtlicher Wiener Organisationen statt, die sich mit der Annahme einer vom Kollegen Mühlberger verfaßten Denkschrift an das Gremium der Lithographen, Stein- und Kupferdrucker Wiens befaßte, deren Zweck die Abstellung der planlosen Lehrlingszucht in den Steindruckereien Wiens war. Diese Denkschrift wurde überreicht und trug dann gute Früchte. Am 17. Juni 1904 fand eine Versammlung der graphischen Arbeiter Wiens im Saale des Arbeiterheims im X. Bezirk statt, die massenhaft besucht war und sich mit der 1. Wiener Tarifvorlage an das Gremium befaßte, die auch von letzterem unter dem Drucke der Notwendigkeit am 21. März 1904 angenommen wurde. Bei dieser Massen-Versammlung war auch in Vertretung der deutschen Organisation Kollege Sillier anwesend, der auch die tatkräftigste Unterstützung der deutschen Berufsgenossen versprach.

Zu Pfingsten 1904 fand ein zweiter Delegierten-tag der Senefelder-Vereine Oesterreich-Ungarns in Wien statt, bei dem abermals Kollege Sillier als Vertreter der deutschen Organisation anwesend war, und auf dem die Grundlage zu einem Verband der Senefelder-Vereine Oesterreich-Ungarns gegeben wurde. Am 25. und 26. März 1905 fand eine Reichs-Tarif-Konferenz in Wien statt, auf der nebender Zentralisation der Landes-Tariffonds auch die Zentralisation der Stellenvermittlung beschlossen wurde. Auch wurde das Proponenten-Komitee für das Verbandsstatut beauftragt, letzteres so auszuarbeiten, daß es auch für den Reichsverein passend ist. Mit dieser Durchführung wurden die Wiener Delegierten vom Senefelder-Verein beauftragt. Am 11. und 12. Juni 1905 fand in Prag der konstituierende Verbandstag der Senefelder-Vereine Oesterreichs statt, wo auch die deutsche Organisation wieder durch Kollegen Sillier vertreten war. Als 1. Verbands-Obmann wurde Kollege Mühlberger gewählt. Auf diesem Verbandstage wurde schon die Gründung eines Reichsvereins in ernsthafte Erwägung gezogen und ein Antrag angenommen, mit den Prager Kollegen die Statuten des Reichs-Vereins durchzuberaten und die notwendigen Aenderungen vorzunehmen.

Am 15. und 16. April 1906 wurde in Wien ein außerordentlicher Verbandstag abgehalten, dessen Einberufung insofern notwendig war, als der Wiener Verbandsvorstand unberechtigt verächtlich wurde. Der Prager Verbandsverein benutzte jede Gelegenheit, auf den Verbandsvorstand loszuschlagen. Auch die unangenehme Affäre mit Ungarn (Kündigung der Gegenseitigkeit) war für diese Einberufung mitbestimmend. Auf diesem Verbandstag legte Koll. Mühlberger sein Amt als Verbands-Obmann nieder. Das freundschaftliche Verhältnis mit der ungarischen Organisation wurde wieder hergestellt und besteht seit dieser Zeit ungetrübt weiter. Am 21. Oktober 1906 fand in Wien eine Vorbesprechung der Verbandsdelegierten bezüglich der Konstituierung des Reichsvereins statt. Sämtliche Verbandsvereine erklärten sich bereit, der zu gründenden Reichs-Organisation beizutreten, bis auf die »Litograficka Beseda«, den böhmischen Verbandsverein. Am 22. Oktober 1906 fand in Wien die konstituierende Generalversammlung des Reichsvereins statt, der den Titel »Oesterreichischer Senefelderbund« mit dem Sitze in Wien erhielt. Der bisherige Senefelder-Verein für Nieder-Oesterreich und frühere Unterstützungsvereine der Lithographen und Steindruckere Wiens löste sich freiwillig auf und trat samt seinem Vermögen der neugegründeten Reichsorganisation bei, in der nunmehr die Bezeichnung »Ortsgruppe

Wien I des österreichischen Senefelder-Bundes-führt.

Mit ihren rund 1100 Mitgliedern (ohne die Mitglieder II. Klasse, das Hilfspersonal) ist die Ortsgruppe Wien I die größte des österreichischen Senefelder-Bundes, dem sie in jeder Hinsicht seit diesen drei Jahren treu und oherwillig zur Seite steht, als ein Glied jener Kette, die die graphischen Arbeiter vom Böhmerwald bis an die Fluten der Adria, von der Leitha bis an die Ufer des Rheins umspannt, zum Nutzen und Frommen des gesamten organisierten Proletariats.

In einem zweiten Artikel werden wir uns mit der gewerkschaftlichen Tätigkeit der Ortsgruppe Wien I, sowie mit ihrem finanziellen Stand befassen, um den Lesern die Erfolge der österreichischen Organisation so gut als möglich vor Augen zu führen.

## Brief aus New York.

März, 1910.

In Anbetracht der Tatsache, daß die hiesigen vereinigten Prinzipale in ganz unverantwortlicher Art und Weise durch Annoncen in allen großen Druckstädten Lithographen suchen, erklären wir hiermit, daß es absolut unwahr ist, daß Arbeitskräfte in diesem Maße gebraucht werden.

Die Annoncen tragen keine Unterschrift, weil man sonst ihre Veranstalter gesetzlich belangen könnte. Wir werden Schritte tun, um auch in dieser Hinsicht das irgend Erreichbare zu veranlassen.

Wenn wir so hingewiesen haben auf die Unwahrhaftigkeit der Reklamen, so müssen wir auch Belege für unsere Behauptungen haben.

Wir geben zu, daß jetzt das Gewerbe stark beschäftigt ist, daß manche Anstalten nicht die für sie geeignete Kräfte bekommen können. Aber was besagt das? Wir haben, wie jeder weiß, eine Krise durchgemacht, die ein sehr starkes Darniederliegen des Gewerbes zur Folge hatte. Was ist nun natürlicher, als daß jetzt vieles, was aufgeschoben war, gemacht werden muß.

Dann der Zolltarif! Die Erwartungen, die an ihn geknüpft worden sind, haben sich noch nicht eingestellt. Die hiesige Kollegenschaft hat den Tarif als das Rettungsmittel des ganzen Gewerbes betrachtet. Doch sind die Erwägungen darüber noch nicht abgeschlossen. Tatsache ist, daß vor dem Tarifabschluß noch eine Menge Waren nach hier geworfen worden sind und auch die hiesigen Verleger noch sehr zögernd mit Aufträgen sind. Die Wirkung des Tarifes läßt sich erst im nächsten Jahre nachweisen. Der Artikel, der fühlbar getroffen ist, sind die Autochrom-Postkarten.

Alles in allem betonen wir noch einmal: es ist nicht wahr, daß hier so viele Lithographen und Steindruckere benötigt werden.

Es ist ein Kniff der Unternehmer, die sich schon hier und da genötigt sehen, Zulagen zu gewähren, und nun eine Lohnbewegung fürchten. Aus diesem Grunde will man hier eine Reservearmee schaffen, die jederzeit bereit ist, für billiges Geld zu arbeiten.

Wenn in den Annoncen ein Lohn von 80 bis 140 Mk. versprochen wird, so zeigt das deutlich, wo das hinaus will. Jeder Kollege sollte wissen, daß die Löhne hier zwar höher sind wie in Deutschland, aber doch nicht in einem derartigen Verhältnis, und daß den höheren Löhnen wieder viel teurere Lebensmittelpreise usw. gegenüberstehen.

Es kommen in letzter Zeit unverhältnismäßig viele Kollegen herüber; diese Annoncen werden trotz aller Warnung noch mehr bringen. Wir denken aber weiter, wir denken an die Zeit des Rückschlags. Man weiß, wie schwer es ist, in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges hier zu leben. Wir warnen daher hiermit nochmals jeden Auswanderungs-lustigen und ersuchen im Interesse der Gewerkschaften hüben und drüben und im Interesse jedes Einzelnen, diese unsere gutgemeinten Worte zu beherzigen.

Mit kollegialem Gruß! Der Sekretär.

## Abstimmungsergebnisse über die Extrasteuer.

In Nummer 12 veröffentlichten wir eine Uebersicht über die Abstimmungsergebnisse zur Extrasteuerfrage, die heute durch eine Liste weiterer Mitgliedschaften, die zu dieser Angelegenheit Stellung nahmen, ergänzt werden kann. Bis zum Abschluß dieser Nummer lagen die folgenden weiteren Abstimmungsergebnisse vor.

Für die Extrasteuer und ihre Einziehung mit dem Wochenbeitrag durch Beitragsmarken zu Mk. 1,50 stimmten Altona, Aschersleben, Bautzen, Bonn, Bietigheim, Bremen, Burgstädt, Cassel, Cöln, Cölin, Crimmitschau, Dessau, Dresden, Düsseldorf, Einbeck, Eßlingen, Forbach, Frankfurt a. O., Fürth, Geislingen, Gera, Görlitz, Gotha, Hamburg, Hirschberg, Jena, Kaiserslautern, Lahra, Lobberich, Lüdenscheidt, Mannheim, Mägeln, München (Lithogr. u. Steindr.), M.-Glabach, Niedersieditz, Nürnberg (Steindr.), Nürnberg (Lith.), Oldesloe, Pforzheim, Posen, Saalfeld, Schwabach, Schweidnitz, Schwerin, Stettin, Straßburg, Trier, Würzburg, Zeitz, Zittau, Zwickau, also 51 oder mit den in No. 12 veröffentlichten 27 im ganzen 78 Filialen.

Für die Extrasteuer und ihre Einziehung durch besondere Marken zu 20 Pf. stimmten Berlin (Lith.),

Braunschweig, Colmar i. Els., Danzig, Ebersbach, Erfurt, Frankfurt a. M. (Chemigr.), Gleiwitz, Hildesheim, Mainz, Rudolstadt.

Gegen die Extrasteuer stimmten Frieda-Warfried, Lübeck, Neu-Isenburg, Schlettau, Solingen.

Die Kollegen von Heidelberg, die in No. 12 unter den Mitgliedschaften genannt wurden, in denen gegen die Extrasteuer gestimmt worden war, haben sich nachträglich für die Extrasteuer und ihre Erhebung durch besondere Marken erklärt.

Die Kollegen von Dessau, Geislingen, Lüdenscheidt und Rudolstadt waren zwar in ihren Versammlungen gegen die Extrasteuer, erklärten sich jedoch zur Leistung der letzteren bereit, wenn sich die Erhebung nicht umgehen läßt.

## Ortsberichte.

**Aschersleben.** Unsere Mitgliederversammlung vom 24. März befaßte sich mit der vom Hauptvorstand ausgeschriebenen Extrasteuer. In einer heftigen Debatte wurde u. a. das Verhalten der Hauptvorstandes sowie der Bezirksleitung aufs schärfste kritisiert mit der Begründung, daß die kleinen Zahlstellen nur Zahlende seien und bei irgend welchen Vorkommnissen keine Unterstützung fänden. Beispiel: die Tarifbewegung am Ort. Folgende Resolution wurde angenommen: »Die Zahlstelle Aschersleben erklärt sich im Prinzip für Erhebung einer Extrasteuer, bedauert aber auf das Lebhafteste, daß Hauptvorstand sowie Bezirksleitung die hiesigen Kollegen bei den letzten Tarifverhandlungen im Stich gelassen haben. Statt Verbesserungen sind nur Verschlechterungen eingetreten. Sie erwarten bestimmt, daß der Hauptvorstand in Zukunft die Kollegen der kleinen Zahlstellen nicht nur als Zahlende, sondern auch den großen Zahlstellen gegenüber als gleichberechtigte Mitglieder betrachte. Gleichzeitig ersuchen wir den Hauptvorstand, daß in Zukunft sparsamer gewirtschaftet wird.« Die Zahlstelle erklärt sich im weiteren für die Extrasteuer.

**Breslau.** Am 31. März fand hier eine Mitgliederversammlung statt, die sich neben anderem auch mit der von Hauptvorstand und Ausschuß gemeinsam ausgeschriebenen Extrasteuer zwecks Schaffung eines Kampffonds beschäftigte. Der Besuch der Versammlung war in Anbetracht dieser zur Verhandlung stehenden Frage nur mäßig womit bewiesen sein dürfte, daß sich die Masse der Nichterschienenen schon im Voraus mit der Annahme der Extrasteuer einverstanden erklärte. Denn daß dem Wunsche unserer verwaltenden Institutionen willfahrt werden würde, stand für alle jene Kollegen fest, die es ernst meinen mit der Zugehörigkeit zu unserer Organisation und in ihr noch immer den Faktor erkennen, der einzig und allein dazu geeignet ist, unsere Lebenslage auf ein höheres, besseres Niveau zu bringen. Natürlich war auch Opposition vorhanden, wie man es ja auch kaum anders erwarten kann in jeder größeren Mitgliedschaft. Doch sie konnte nichts Stichtähtiges gegen die Ausschreibung ins Feld führen, so daß es ihr trotz ersichtlicher Mühen nicht gelang, auch nur einen einzigen Kollegen für sich zu gewinnen, außer denen, welche schon mit vorgefasster Meinung zur Versammlung gekommen waren. Arg gemurt wurde über das (scheinbar!) diktatorische Vorgehen von Hauptvorstand und Ausschuß, weil diese gleich den Termin für die Erhebung der Steuer ansetzten. Aus diesem Grunde führten wir eine Abstimmung herbei, die über die Erhebung oder Nichterhebung Klarheit schaffen sollte. Und da ergab sich denn, daß die Gegnerschaft von ganzen 7 Kollegen repräsentiert wurde. Und selbst von diesen stimmten dann, als noch über die Art der Erhebung abgestimmt wurde, drei dafür, daß diese Extrasteuer gleichzeitig mit dem Wochenbeitrag durch 1,50 Mk.-Marken erhoben werde. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß es uns unbegreiflich erscheint, warum Hauptvorstand und Ausschuß noch den Zahlungsmodus der Quittungskarte zulassen, nach den schlechten Erfahrungen, die wir 1906 damit gemacht haben und die noch für lange Jahre zu Mißlichkeiten Anlaß geben werden zwischen pflichtbewußten Kassierern und saumselig zahlenden Mitgliedern. Und so wie wir hierin einen Wandel wünschen, so wünschen wir auch, daß sich jene Mitgliedschaften, die sich auf den Standpunkt der Zahlungsverweigerung stellten, von dem Zwange der Notwendigkeit dieser Steuer überzeugen lassen und dadurch den üblen Eindruck verwischen, den sie durch die Veröffentlichung ihrer Meinung erweckten. Denn eine Anzahl Kollegen, die immer und immer das schlechtere Beispiel zur Entschuldigung anführen, und mit welchen jene Zahlstellen gewiß keinerlei Identität haben möchten, bezogen sich auf diese Berichte. Allen jenen aber, die meinen, diese 20 Pfg. ein Jahr hindurch nicht erschwingen zu können, sei das alte Wort entgegeng gehalten: Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg!

**Dessau.** Unsere am 22. März stattgefundene Monatsversammlung war sehr gut besucht, begreiflicherweise stand sie doch im Zeichen einer Beitragserhöhung durch Extrasteuer. Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden mit dem erläuternden Schreiben des Hauptvorstandes und Ausschusses bekannt gemacht hatte, folgte eine äußerst rege Debatte. Alle Redner waren der Meinung, daß angesichts der nunmehr schon ein volles Jahr bestehenden Extrasteuer von 10 Pf. die Art und Weise der

Erhebung dieser neuen Steuer dem Oktroyieren gleich komme. Wenn § 14 Abs. 4 des Statuts dem Hauptvorstand in Gemeinschaft mit dem Ausschuß derartig weitgehende Befugnisse zugestehen, dann ist er eben unhaltbar in seiner jetzigen Form. Es hieß ja Eulen nach Athen tragen, wollte man bei der Höhe des nunmehrigen Beitrags in Verbindung mit der augenblicklichen Konjunktur beispielsweise Leuten wie den hiesigen Tapetendrucker mit einem wöchentlichen Durchschnittslohn von 21,18 Mark plausibel machen, daß sie sich zum Zwecke einer besseren Lebenshaltung einer Organisation anschließen müssen, die einen halben Taler Wochenbeitrag erhebt. Dasselbe gilt zum größten Teile auch für die Photographen. Die Agitation in diesen Berufen dürfte für das ganze Jahr lahmgelegt sein. Statt Beitragserhöhung hätte man lieber an die Frage der Staffelbeiträge herantreten sollen. Nachdem die Diskussion in diesem Sinne erschöpfend stattgefunden hatte, wurde folgende Resolution mit allen gegen 3 Stimmen angenommen: »Die prinzipielle Bedeutung eines möglichst hohen Kampffonds wird auch unsererseits erkannt; aber nichts desto weniger mußte bei der Erhebung des gedachten Extrabeitrags mehr Rücksicht genommen werden, erstens auf die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse und zweitens auf das Organisationsverhältnis einzelner Berufe unseres Verbandes, als da sind Photographen und Tapetendrucker. Die Möglichkeit einer erfolgreichen Agitation unter diesen Kollegen wird angesichts des hohen Beitrags immer geringer. Des weiteren wird gefordert, daß die Erhebung einer solchen Extrasteuer in Zukunft von der Zustimmung aller Mitgliedschaften, auch der kleinsten, abhängig gemacht wird. Aus diesen Gründen in Verbindung mit dem Nichtvorhandensein eines Staffelbeitrages, nimmt die hiesige Mitgliedschaft eine ablehnende Haltung zu dieser Frage ein.

**Lübeck.** Unsere Versammlung vom 24. März beschäftigte sich vorwiegend mit der Extrasteuer, die von fast allen Rednern scharf bekämpft wurde. Sie sei jetzt nicht nötig und sollte gerade in der gegenwärtigen Zeit der Lebensmittelverteuerung nur in äusserst dringenden Fällen ausgeschrieben werden. Hauptvorstand und Ausschuß hätten demokratischer handeln und durch Urabstimmung die Ansicht der Kollegen hören müssen. Man solle den Mitgliedern außer dem Rechte der Beitragszahlung auch das Recht der Mitbestimmung sichern. Auch die Einberufung der Generalversammlung möchte baldigst geschehen. Folgende Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen: »Die Zahlstelle Lübeck beschließt, daß die Frage der Extrasteuer bis zur nächsten Generalversammlung zurückgestellt wird.« Mit der Tatsache, daß aus Kasse I Gelder zu Zwecken der Kasse II genommen sind, wird sich die hiesige Zahlstelle zu gegebener Zeit befassen und entsprechende Anträge stellen. Im Verschiedenen wurde sodann die Art der Veröffentlichung der Totenliste scharf kritisiert. Es zeuge von äusserst wenig Pietät, wenn alle 3-4 Monate die Totenliste veröffentlicht würde. Berühmte verstorbene Kollegen bringe man doch auch gleich, warum denn nicht gleich jeden »Sterblichen.« Gleiches Recht solle man jedem gewähren, auch den Toten. Andere Zahlstellen mögen sich diesem Wunsche anschließen.

## Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.

### Musterfrage und Urheberrecht.

Mit seiner berechtigten Zuchtbauesordnung suchte der Schutzverband die Kollegenschaft auch in der Musterangelegenheit rechtlos zu machen. Der tief eingewurzelte Brauch in unserm Berufe, daß den Kollegen Musterabdrücke von ihren Arbeiten ausgeliefert werden müssen, bereitete ihm schon lange großes Aergernis. Da sein fein ausgeklügelter Plan, die Kollegen im Vertragswege um ihr historisches Recht auf Muster zu betrügen, fehlschlug, wollte er mit diesem Rechte durch einen Gewaltstreich kurzerhand aufräumen. Nach den Bestimmungen der Zuchtbauesordnung sollte es in Zukunft lediglich vom Gutdünken des Unternehmers abhängen, ob einem Kollegen ein Musterdruck auszuliefern ist oder nicht. Nun, auch dieser saubere Plan ist durch das einmütige Aufstehen der Kollegenschaft zu Wasser geworden!

Das Bestreben des Schutzverbandes, das Musterrecht der Kollegen aufzuheben, wurde ja im *Steindruckgewerbe* mit allen möglichen Gründen zu rechtfertigen versucht. So wurde unter anderem auch viel vom geschäftlichen Interesse gefabelt, das sowohl hinsichtlich der Bestimmungen des Urheberrechtes als auch hinsichtlich der Wahrung der Betriebsgeheimnisse nicht verletzt werden dürfte.

Wir meinen, unglücklicher, als wie er es mit diesen Anführungen getan hat, konnte der Schutzverband sein schamloses Beginnen nicht begründen. Denn inwiefern dadurch, daß einem Kollegen Abdrücke von seinen Arbeiten ausgeliefert werden,

Betriebsgeheimnisse gefährdet oder Bestimmungen des Urheberrechtes verletzt werden könnten, ist wirklich nicht zu erweisen. Einen näheren Aufschluß darüber hat ja auch das *Steindruckgewerbe* nicht anführen können.

Unter Betriebsgeheimnissen kann man doch nur besondere technische Verfahren verstehen. Sind diese patentiert, dann sind sie ja ohnehin schon vor unbefugter Anwendung geschützt, und sind diese nicht patentiert, dann sind sie am wenigsten durch die Vorenthaltung von Lithographie-Abzügen zu sichern oder geheim zu halten, samentalen diese Erzeugnisse sowieso auf den Markt gebracht werden sollen. Und dann, worauf es ankommt: Wer will einen Lithographen hindern, technische Kunstgriffe, die er erlernt hat, oder technische Verfahren, in die er Einblick gewonnen hat, anderweitig nutzbar zu machen, sofern keine gesetzlichen Bestimmungen dagegenstehen? Es ist also durchaus hinfällig, wenn gesagt wird, daß im Interesse der Sicherung von Betriebsgeheimnissen gefordert werden müsse, daß das Recht auf Musterdrucke eingeschränkt oder gar aufgehoben werde!

Und nun gar der Hinweis auf die Bestimmungen des Urheberrechtes! Einen widersinnigeren und hinfalligeren Grund konnte der Schutzverband für sein Vorhaben wahrhaftig nicht anführen. Gerade dadurch, daß das neue Urheberrecht geschaffen worden ist, fällt jetzt für den Unternehmer aber auch jeder Grund weg, den Arbeitern Musterabdrücke von ihren Arbeiten vorzuenthalten. Er braucht nicht mehr zu befürchten, daß er durch die Verabfolgung von Musterabdrücken seiner Konkurrenz Gelegenheit gebe, seine Produkte nachzuahmen. Vor derartigen Schädigungen schützt ihn ja nun hinreichend das neue Gesetz über das Urheberrecht. Jede Anstalt, die die ihr als Arbeitsproben zu Gesicht gekommenen Erzeugnisse anderer Firmen nachahmt, kann jetzt gerichtlich belangt werden. Der Schutzverband kann also aber auch rein gar nichts anführen, womit er seine Feindschaft gegen den historischen Musterbrauch in unserm Berufe nur irgendwie rechtlich begründen könnte!

Daß das Urheberrecht in dem besagten Sinne erweitert worden ist, ist ein Segen für unser Gewerbe, vielen Mißbräuchen kann damit vorgebeugt werden. Es ist nicht zu leugnen, daß früher viele Anstalten lediglich zu dem Zwecke von stellensuchenden Kollegen Arbeitsproben einforderten, um Gelegenheit zu finden, Erzeugnisse fremder Firmen kennen zu lernen und gewerblich nutzbar zu machen. Diesen Gewerbeschädlingen das saubere Handwerk zu legen, dazu mußte eine gesetzliche Handhabe geschaffen werden. Wenn nun die realen Unternehmer diese Handhaben auch ausnutzen und mit den genannten Mißbräuchen aufräumen wollten, so könnte uns das nur sehr recht sein. Wie es sich aber zeigt, ist es dem Schutzverband gar nicht um die Bekämpfung dieser Gewerbeschädlinge zu tun, die Beseitigung unsrer Musterrechte liegt ihm aus Profitgründen viel mehr am Herzen. Wollte der Schutzverband dem neuen Gesetze über das Urheberrecht Geltung verschaffen, dann hätte er genügend Gelegenheit dazu. Er läßt diese Gelegenheiten aber nicht nur unausgenutzt, sondern er gewährt sogar auch obendrein noch den Verstößern gegen das Urheberrecht den weitestgehenden Schutz, was wir nachfolgend beweisen werden.

Der Grundgedanke des neuen Kunsturheberrechtes ist der, daß niemand Originalschöpfungen eines andern, seien es Entwürfe oder fertige Ausführungen, nachmachen oder gewerblich nutzen soll, so sagt der Professor Dr. A. Osterrieth in Berlin. Demnach dürfen also Originalschöpfungen eines andern ohne dessen Einwilligung nicht nur nicht nachgemacht, sondern auch nicht zu Reklamezwecken und sonstigen Anpreisungen für den eigenen Gewerbebetrieb nutzbar gemacht werden. Wie oft wird aber gerade in der letzten Hinsicht in unserm Berufe gegen die Rechte des Urhebers gesündigt! Die Fälle sind nicht selten, daß lithographische Anstalten lithographische Erzeugnisse anderer Firmen ohne deren Wissen und Willen als Muster beim Kundendienst nutzbar machen. Gegen diesen Unfug einzuschreiten, hätte sicher der Verband Deutscher Steindruckereibesitzer alle Ursache; denn nach den Äußerungen des *Steindruckgewerbes* betrachtet er es doch als seine vornehmste Aufgabe, den Gemeingeist zu pflegen, für die Aufrechterhaltung und Stärkung der Standesehre Sorge zu tragen und auf die Ausbildung reeller Geschäftsgrundsätze hinzuwirken.

Aber wie steht es denn in Wirklichkeit mit der Lösung dieser vornehmsten Aufgabe? Ein Vorkommnis aus der jüngsten Zeit gibt darüber einen klaren Aufschluß. So hören wir denn:

Der Firma *Tilly & Thiele* in Elberfeld teilten auch, wie so mancher andern lithographischen An-

stalt, die nötigen Muster, die sie ihrer Kundschaft zur Anpreisung ihrer Erzeugnisse hätte vorlegen können. Statt sich nun Reklamedrucksachen selbst zu erzeugen, suchte sie sich solche auf eine weit billigere Weise zu verschaffen. Einem Kollegen, der bei ihr jüngst in Stellung trat, machte sie das ehrbare Anerbieten, ihm einen Teil seiner eingesandten Arbeitsmuster abzukaufen; sie wollte diese, weil sie so sehr schön seien, zu Reklamezwecken bei ihrer Kundschaft benutzen. Selbstverständlich lehnte es der betreffende Kollege grundsätzlich ab, zu einer derartigen *Vergewaltigung der Interessen einer andern Firma* die Hand zu bieten.

Was aber mußte unser Kollege trotz seiner entschiedenen Weigerung, auf ein solches unsauberes Handelsgeschäft einzugehen, erleben? Als er wegen einer unberechtigten Lohneinbehaltung aus dem Geschäfte wieder austrat, stellte es sich bei der Rückforderung seiner Muster heraus, daß diese noble Firma seine Musterbogen zerschnitten und die für sie brauchbaren Teile in ihre Musterkarten eingeklebt hatte! Daraufhin verklagte unser Kollege diese Firma, die *Mein und Dein* so sehr gut auseinander zu halten wußte, wegen Verletzung seiner Eigentumsrechte beim Elberfelder Gewerbegericht. Dieses wies jedoch die Klage wegen Unzuständigkeit zurück.

Das bedeutsamste an der ganzen Angelegenheit aber ist, daß, was man eigentlich nicht für möglich halten sollte, der *Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer* diese Firma, die wegen dieser ihrer Untat Verwickelungen mit unserm Verband befürchtete, schnell unter seine schützenden Fittige nahm. Großprozig verkündigt der Schutzverband diesen Eingriff in einer amtlichen Bekanntmachung an der Spitze des *Steindruckgewerbes* vom 1. März dieses Jahres.

Dieses Vorkommnis ist wieder einmal ein klarer Beweis dafür, daß es dem Verband Deutscher Steindruckereibesitzer gar nicht darum zu tun ist, auf die Ausbildung reeller Geschäftsgrundsätze hinzuwirken, sondern daß er in seiner Abteilung *Schutzverband* nur bestrebt ist, durch eine infame Hetze gegen die Arbeiterschaft den Gewerbetreibenden ständig zu beeinträchtigen.

Nun wird gewiß niemand mehr daran zweifeln, daß die Angaben des Schutzverbandes, daß die Durchführung seiner Thesen über die Musterfrage zur Wahrung der Betriebsgeheimnisse und Beobachtung der Bestimmungen des Urheberrechtes nötig sei, erbärmliche Finten sind, erfunden zu dem Zweck, um die Vergewaltigung unsrer Musterrechte mit Rechtsgründen zu bemänteln. Die Bestimmungen des Urheberrechtes, die, wie wir bereits nachgewiesen haben, durch unsre Musterrechte gar nicht verletzt werden können, sind dem Schutzverbande vollständig gleichgültig. Wäre es nicht an dem, und wollte der Schutzverband für reelle Geschäftsgebräuche sorgen, dann hätte im Falle Tilly & Thiele der Gewerbe-reformator und Kreisvertreter Hyll in Barmen Gelegenheit nehmen müssen, sich einmal ordentlich auszuwirken. So aber blieb dieser sonst red- und schreibselbige Hyll mäschenstill — weil die Firma Tilly & Thiele schleunigst in den Schutzverband eintrat.

Aber freilich, es müßte sich ja auch gar eigenartig ausnehmen, wenn gerade Herr Hyll gegen die Untat der Firma Tilly & Thiele vorgehen wollte. Wurde doch erst vor wenigen Monaten von uns die Öffentlichkeit auf die feine Geschäftspraxis der Firma Hyll & Klein in Barmen aufmerksam gemacht. Seit dieser Zeit ist Herr Hyll auffallend still geworden, er geniert sich auch, unter seinem bekannten Signum wieder etwas im Schutzverbandsorgan zu veröffentlichen. Zu seiner Ehrenrettung hat er weiter nichts zu unternehmen gewußt, als in allen kapitalistischen graphischen Fachblättern verkünden zu lassen, daß man ihm wieder das Vertrauen geschenkt und ihn wieder als Kreisvertreter des Unternehmerversandes gewählt habe.

Dem Verbands Deutscher Steindruckereibesitzer geht eben die Scharfmacherei über alles, die Angabe, daß die Herbeiführung reeller Geschäftsgebräuche sein Ziel sei, gebraucht er nur als Aushängeschild!

### Die Lichtarbeit von Anno Dazumal.

Als der Unterzeichnete 1852 als Zeichenlithograph in die Lehre kam, wurde in den lithographischen Anstalten überhaupt nicht bei Licht gearbeitet. Im Winter war bei Beginn der Dämmerung Feierabend. Die Küchenfee unseres Lehrprinzipals sagte entsetzt auf Plattdeutsch: »Die Lithographen is ene fule Bande, Glocke viere gahn se schon to Huse.«

Es war etwas ganz außergewöhnliches, wenn ein eiliger Erlaubungsbrief bei einer Photogenlampe (so hieß das Petroleum) graviert werden mußte,

